

Nebeneffekt: weltweit werden Jüdinnen und Juden gefährdet, weil sie – zu Unrecht! – für die Verbrechen der israelischen Regierung verantwortlich gemacht werden.

Mit der Gründung des Staates Israel 1948 begannen für die palästinensische Bevölkerung 76 Jahre der Vertreibung und Entrechtung, 56 Jahre Besetzung und 16 Jahre Blockade des Gazastreifens.
- Dies festzustellen, ist kein Angriff auf das Existenzrecht Israels.

Die Weltgemeinschaft muss sich für den **Schutz und die Rechte der palästinensischen Bevölkerung** stark machen und **alle verfügbaren Druckmittel** nutzen, eventuell auch UN-Schutztruppen.

Aus der historischen Verantwortung Deutschlands für das Menschheitsverbrechen des Holocaust ergibt sich die Verpflichtung, sich **für Menschenrechte und das Völkerrecht einzusetzen, wo immer und von wem immer** sie missachtet werden. Ohne Anerkennung der Rechte der Palästinenser wird es für Israel keine dauerhafte Sicherheit geben.

Die **deutsche Regierung** muss sich mit allen Mitteln einsetzen für

- ▶ **dauerhaften Waffenstillstand und Aufhebung der Blockade von Gaza,**
- ▶ **Stopp von Vertreibung und Annexion im Westjordanland**
- ▶ **Freilassung der Geiseln und Gefangenen**
- ▶ **Einhaltung der UN-Resolutionen und der Beschlüsse des Internationalen Gerichtshofs durch Israel**
- ▶ **Wirksame Sanktionen**
- ▶ **Entwicklung von Perspektiven für eine gerechte Zukunft im Nahen Osten**

Mehr Informationen: www.sand-im-getriebe.org/artikel/thema-israel-palastina

Die Attac-Regionalgruppe Kassel trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr im Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 10, 1. Stock, Raum 10.1.3 - Interessierte sind herzlich willkommen !



attac
Regionalgruppe
Kassel

V.i.S.d.P.: Attac-Regionalgruppe Kassel / www.attac-netzwerk.de/kassel



Attac

im Kasseler Friedensbündnis

26. September 2025

Doppelmoral? Scheißegal ! Treu an der Seite mutmaßlicher Völkermörder?!

„Da sich immer mehr westliche Staaten der Mehrheit der Welt anschließen und den Staat Palästina anerkennen, muss klar sein: Die Anerkennung erhöht die Verpflichtung, die Rechte Palästinas aktiv zu respektieren: Nichteinmischung, territoriale Integrität, Selbstverteidigung gegen illegale Besatzung, Beendigung des Völkermords.“

Die UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese auf X

Nach einem Bericht der Untersuchungskommission des UN-Menschenrechtsrats **begeht Israel einen Völkermord in Gaza:** vorsätzliche Vernichtung der Lebensgrundlagen der Palästinenser in Gaza und Zerstörung ihrer Gesellschaft.

Auch für zwei wichtige israelische Menschenrechtsorganisationen, B'Tselem und Physicians for Human Rights, ist klar: Im Gazastreifen geschieht ein Genozid.

Und was macht die Bundesregierung? Sie „lehnt jegliche Überlegungen ab, die eine Vertreibung oder Enteignung der palästinensischen Bevölkerung bedeuten würden“. Mehr nicht.

Nur scheinbar hat Merz mit der Ankündigung „vorerst keine weiteren Waffen an Israel zu liefern“ dem internationalen Druck und der öffentlichen Meinung hierzulande nachgegeben. Bereits

zugesagte Lieferungen, z.B. U-Boote und Schiffe werden nicht gestoppt.

Berliner Anwäl/-innen haben nun **Strafantrag gegen** sieben ehemalige und amtierende **Regierungsmitglieder** sowie Chefs von vier **Rüstungskonzernen** gestellt. Der Vorwurf: **Beihilfe zum Völkermord in Gaza, Verbrechen gegen die Menschheit, Kriegsverbrechen**. Den Beschuldigten wird zur Last gelegt, mit der Lieferung von Waffen, Komponenten und Ersatzteilen an Israel die Militärmaschinerie zu unterstützen und das genozidale Vorgehen im Gazastreifen erst möglich zu machen.

Motoren der Rolls-Royce-Tochter **MTU Friedrichshafen** kommen in israelischen Panzern zum Einsatz. Ohne die **Getriebe und Fahrwerke** der Firma **Renk** aus Augsburg könnte kein Panzer in Gaza einrollen. Ein schultergestützter **Raketenwerfer** von **Dynamit Nobel** wird von den israelischen Truppen dazu verwendet, Wohnhäuser im Gazastreifen einzuäschern (Beweis: zahlreiche von israelischen Soldaten aufgenommene Videos).

Die **Völkermordkonvention** verpflichtet alle Unterzeichnerstaaten, darunter auch Deutschland, **alles zu tun, um einen Völkermord zu verhindern oder zu bestrafen**.

Die Bundesregierung lehnt immer noch **jede wirkungsvolle Maßnahme** gegen die Vernichtung des palästinensischen Volkes ab. **Kein wirklicher Stopp deutscher Waffenlieferungen, kein Aussetzen der europäischen Handelsprivilegien für Israel, keinerlei Sanktionen**.

Deutschland unterstützt politisch, militärisch und rechtlich **einen mutmaßlichen Völkermord** und hat deshalb international enorm an Glaubwürdigkeit verloren. Vor dem **Internationalen Gerichtshof** ist **Deutschland wegen Beihilfe zum Völkermord angeklagt**.

(<https://www.icj-cij.org/case/193>)

Als Antwort der israelischen Regierung auf das Massaker vom 7. Oktober sind seitdem in Gaza über **65.000 Menschen** durch die israelischen Militäraktionen getötet worden – 75 Prozent davon Frauen und Kinder. Hinzu kommen weitere **ungezählte und unzählbare** Opfer durch die **Blockade von Nahrungsmitteln, Wasser,**

Treibstoff für Generatoren, Medikamenten. (www.ochaopt.org/updates) Krankenhäuser und Schulen wurden größtenteils zerstört, ebenso 90 Prozent der Wohnhäuser und die Anbauflächen für Nahrungsmittel.

Vor dem **Internationalen Gerichtshof** ist Israel wegen mutmaßlichem **Völkermord** angeklagt. Der Internationale **Strafgerichtshof** hat **Haftbefehl** gegen Israels Präsident Netanyahu – sowie gegen Anführer der Hamas - wegen Kriegsverbrechen erlassen.

Die andauernde **Besetzung des Westjordanlandes** wurde vom Internationalen Gerichtshof als **völkerrechtswidrig** erklärt und Israel aufgefordert, die besetzten Gebiete zu verlassen. **Kein UN-Mitgliedsstaat dürfe Israel bei der Aufrechterhaltung der Besatzung helfen** und auch **keine Handels- und Investitionsbeziehungen** eingehen, die der Aufrechterhaltung der Besatzung dienen.

Davon unbeeindruckt tritt die israelische Regierung das Völkerrecht mit Füßen, jeden Tag mörderischer – und **straflos**. Also macht sie weiter:

Durch massive Ausweitung illegaler Siedlungen treibt die Netanyahu-Regierung die **vollständige Übernahme des Westjordanlands** voran. Hemmungslos und ungehindert vertreiben kriminelle Siedler Palästinenser von ihrem Grund und Boden - mit über 1000 palästinensischen Todesopfer seit Oktober 2023.

Laut *Washington Post* **plant die US-Regierung, den Gazastreifen in Treuhandschaft zu übernehmen und die Bevölkerung zu vertreiben**. Die noch lebenden Palästinenser sollen zu „**freiwilliger Ausreise**“ bewegt werden oder **in abgesperrten Zonen konzentriert** werden.

Wenn immer mehr Länder einen palästinensischen Staat anerkennen, will die israelische Regierung dafür sorgen, **dass es nichts mehr anzuerkennen gibt**. Ziel: die Schaffung eines **Groß-Israels - ohne Palästinenser „From the river to the sea“** oder gar **von Bagdad bis Kairo**. Dazu gehört die Bombardierung und teilweise Besetzung **Libanons**, die Bombardierung **Syriens** und die Besetzung der Golan-Höhen.